



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und
Rechtsfragen/Vergabe/Internationales**

Frau Simons

Telefon: (0221) 25087

Fax: (0221) 26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 19.01.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 07.12.2009, 15:35 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	(bis 16:00 Uhr)
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Michael Neubert	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	(bis 16:30 Uhr)
Herr Frank Maul	PRO KÖLN	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz-Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD	
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	(bis 18:10 Uhr)
Herr Oliver Krems	SPD	(bis 16:15)
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	
Frau Katharina Roy	auf Vorschlag der CDU	
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN	
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	(bis 17:00 Uhr)
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)	
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN	
Herr Dr. Manfred Hoffmann	auf Vorschlag der LINKEN	

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende, Herr Granitzka, begrüßt die Teilnehmer der Sitzung und weist darauf hin, die Zuständigkeiten des AVR seien um die Bereiche Vergabe und Internationales erweitert worden. Es werde heute keine Fachvorträge dazu geben, aber für alle Interessierten werde in naher Zukunft eine Informationsveranstaltung stattfinden.

Herr Granitzka berichtet, er habe angeregt, in Zukunft auf der Tagesordnung einen ständigen TOP „Internationales“ hinzuzufügen. Der Ausschuss ist einverstanden.

Grundsätzlich bittet der Vorsitzende die Verwaltung darum, sowohl Vorlagen als auch Mitteilungen und Stellungnahmen so rechtzeitig vor den Sitzungen zu versenden, dass den Ausschussmitgliedern genügend Zeit bleibe, die Unterlagen im Fraktionskreis zu beraten.

Herr Granitzka verweist auf folgende Vorschläge zur Ergänzung der Tagesordnung:

3. Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1.1 ergänzende Mitteilung zu 3.1:
Sachstand der Vakanzen und Maßnahmen zur Personalgewinnung bei der Gebäudewirtschaft
5102/2009
>> Tischvorlage
- 3.8 **zurückgezogen**
- 3.13 Unterstützung der Kölner Schulen durch die Stadt (Schulträger)
Bericht über die Dialogkonferenz "Die Zukunft unserer Schulen - Gemeinsam für bessere Lösungen"
4827/2009
- 3.14 Einbürgerungskampagne
4121/2009
- 3.15 Moderation Brüsseler Platz
5001/2009
>> Tischvorlage

9 Allgemeine Vorlagen

- 9.8 Konzept "Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas"
1. Befristetes Verbot Glas und Glasflaschen in stark frequentierten Innenstadtbereichen (Altstadt, Zülpicher Viertel und Ringe) mitzuführen und zu verkaufen
2. Verstärkte Alkoholprävention für Jugendliche
3035/2009
- 9.9 3.Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln
4408/2009
- 9.10 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)
4687/2009
- 9.11 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)
4701/2009
- 9.12 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung
4852/2009
- 9.13 Vergnügungssteuersatzungen
4857/2009
- 9.14 1. Ordnungsbehördliche Rechtsverordnung für 2010 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen
4902/2009
- 9.14.1 ergänzende Mitteilung zu 4902/2009
>> Tischvorlage
- 9.15 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2010
4178/2009

II Nichtöffentlicher Teil

11 Mitteilungen der Verwaltung

11.2 Aktuelle Entwicklung bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

Diese Mitteilung wurde als TOP 3.8 umgedruckt und verteilt.

4643/2009

15 Allgemeine Vorlagen

15.7 zurückgezogen

15.8 Freigabe einer gesperrten Stelle Softwareentwickler beim Amt für Informationsverarbeitung

4960/2009

15.9 Wahl von Schiedspersonen

4964/2009

>> Tischvorlage

Auf Kritik von Frau von Bülow erläutert Frau Herx, die Verhandlung mit der Versicherung habe so lang angedauert, dass die endgültige Fassung der Vereinbarung für die Vorlage **4965/2009** „Entschädigungsleistungen der Provinzial Versicherung für die Archivalien des Historischen Archivs“ nur verfristet hätte auf die Tagesordnung des AVR genommen werden können. Sie führt aus, die Verwaltung habe geplant, im Rahmen des Finanzausschusses in der nächsten Woche die Fraktionssprecherinnen und -sprecher des Ausschusses und die Einzelmandatsträgerinnen und -träger einzuladen. Hier stehe dann auch der für die Stadt Köln zuständige Fachanwalt für Versicherungsrecht für Rückfragen zur Verfügung. Auf weitere Rückfrage von Frau von Bülow ergänzt Herr Kahlen, die Vorlage sei als Tischvorlage dem Ausschuss nur mit intensiver und ausreichender Vorbereitung zuzumuten gewesen, so habe die Verwaltung bewusst von einer Aufnahme auf die Tagesordnung des AVR abgesehen. Er verweist auf die in der kommenden Woche stattfindende Sonderveranstaltung für alle einschlägig Beteiligten und bittet um Verständnis, dass hier so entschieden werden musste.

Herr Wolter beklagt die Kurzfristigkeit einiger Vorlagen unter TOP 9. Auf Bitten von Herrn Stadtdirektor Kahlen wird die Vorlage 9.15 jedoch nicht vertagt, sondern ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Der Ausschuss hat keine Einwände.

Herr Detjen schlägt vor, die Vorlage unter TOP 15.9 aufgrund weiteren Recherchebedarfs in die nächste Sitzung zu vertagen.

Der Ausschuss erklärt sich auch hiermit einverstanden.

Weiter wird vorgeschlagen, die Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.12.2009 „Glasflaschenverbot im Kölner Straßenkarneval“ TOP 5.1 AN/1866/2009 gemeinsam mit der Vorlage TOP 9.8 zu behandeln.

Der Ausschuss ist dementsprechend mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verwendung einer Tonbandaufzeichnung gemäß § 36 Abs. 7 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
4586/2009

B. Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin gemäß § 36 Abs. 1 in Verbindung mit § 33 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
4575/2009

C. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern sowie Einwohnerinnen und Einwohnern

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Ergänzung zur Sachstandsmitteilung Frauenförderung vom 03.09.2009
4783/2009

1.2 Frauenanteil bei den Amtsleitungen

1.3 Ergebnisse vom Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

2.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Granitzka vom 03.09.2009
Informationsveranstaltung des Bauaufsichtsamtes für Schützenvereine
3807/2009

- 2.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 03.09.2009
Sachstandsbericht des Bürgerservice an den Universitäten
4612/2009

3 Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1 Fachkräftemangel und Vakanzen in der Gebäudewirtschaft
2134/2009

- 3.1.1 ergänzende Mitteilung zum Sachstand der Vakanzen und Maßnahmen zur
Personalgewinnung bei der Gebäudewirtschaft
5102/2009

- 3.2 Teilnahme an dem Programm "Lernen vor Ort" des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung (BMBF)
3856/2009

- 3.3 Schweinegrippe (Influenza A H1N1)
4648/2009

- 3.4 Geschäftsbericht aus der kommunalen Ausländerrechtlichen Beratungskom-
mission (ABK)
3695/2009

- 3.5 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Oktober 2009
4454/2009

- 3.6 Einführung des Ganztagsbetriebes an weiteren 5 Gymnasien und 2 Realschu-
len ab Schuljahr 2010/11 - Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln
4609/2009

- 3.7 Beschaffungen im Rahmen der Fahrzeug- und Maschinenkonzepte beim Amt
für Landschaftspflege und Grünflächen - ergänzende Mitteilung
4014/2009

3.8 zurückgezogen

3.9 Kommunalverfassungsbeschwerde Umweltverwaltung
Evaluation des Belastungsausgleichs für das Jahr 2009
4504/2009

3.10 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2008
2921/2009

3.11 Bericht über den Personalbestand der Stadtverwaltung Köln zum 30.06.2009
3715/2009

3.12 Jobsharing-Veranstaltung für den Kita-Bereich
4740/2009

3.13 Unterstützung der Kölner Schulen durch die Stadt (Schulträger)
Bericht über die Dialogkonferenz "Die Zukunft unserer Schulen - Gemeinsam
für bessere Lösungen"
4827/2009

3.14 Einbürgerungskampagne
4121/2009

3.15 Moderation Brüsseler Platz
5001/2009

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.12.2009
Glasflaschenverbot im Kölner Straßenkarneval
AN/1866/2009

- 5.1.1 Kölner Straßenkarneval - Mehr Spaß ohne Glas
5094/2009

6 Mündliche Anfragen

- 6.1 Skaterpark

- 6.2 Haushaltsmittel Schulaustausch/-partnerschaften

- 6.3 Illegale Spendensammelaktionen

7 Anträge

8 Platzvergaben

9 Allgemeine Vorlagen

- 9.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Einsturz Historisches Archiv; Versicherung des Bergungsbauwerks
4280/2009
- 9.2 Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der
Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen;
Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht
0370/2009
- 9.3 Wiedereinführung des Bezirksbeigeordneten
3408/2009

- 9.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie die Entsorgung von Schmutzwassergruben
4256/2009
- 9.5 Einrichtung eines Referates für Lesben, Schwule und Transgender
3864/2009
- 9.6 Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz des Gesundheitsamtes ab dem 01.01.2010
3927/2009
- 9.7 8. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
4585/2009
- 9.8 Konzept "Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas"
1. Befristetes Verbot Glas und Glasflaschen in stark frequentierten Innenstadtbereichen (Altstadt, Zülpicher Viertel und Ringe) mitzuführen und zu verkaufen
2. Verstärkte Alkoholprävention für Jugendliche
3035/2009
- 9.9 3.Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln
4408/2009
- 9.10 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)
4687/2009
- 9.11 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)
4701/2009
- 9.12 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung
4852/2009

9.13 Vergnügungssteuersatzungen
4857/2009

9.14 1. Ordnungsbehördliche Rechtsverordnung für 2010 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Innenstadt, Deutz, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Braunsfeld, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuehrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Brück, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim
4902/2009

9.14.1 Ergänzende Mitteilung zur Vorlage Nr. 4902/2009 (TOP 9.14);
1. Ordnungsbehördliche Rechtsverordnung für 2010 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
5136/2009

9.15 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2010
4178/2009

I. Öffentlicher Teil

A. Verwendung einer Tonbandaufzeichnung gemäß § 36 Abs. 7 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen 4586/2009

Herr Granitzka weist darauf hin, dass dieser Beschluss für alle Sitzungen der gesamten Wahlperiode gelte und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die Verwendung einer Tonbandaufzeichnung zur Erleichterung der Erstellung der Niederschriften.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

B. Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin gemäß § 36 Abs. 1 in Verbindung mit § 33 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen 4575/2009

Beschluss:

Für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales in der Wahlperiode 2009-2014 werden Frau Corinna Simons als Schriftführerin und Frau Sonja Malcherek als stellvertretende Schriftführerin bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

C. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern sowie Einwohnerinnen und Einwohnern

Beschluss:

Der Vorsitzende Herr Granitzka verpflichtet Herrn Frank Maul als sachkundigen Bürger für den Ausschuss AVR/ Vergabe/ Internationales. Weiterhin verpflichtet er Frau Katharina Roy, Frau Iris Koppmann, Herrn Julius Knappertsbusch, Herrn Axel Hopfauf, Herrn Heinz-Dieter Klein, Herrn Oliver Krems, Herrn Franz Hess, Herrn Michael Kühle, Herrn Ralf Klemm, Herrn Dr. Manfred Hoffmann und Herrn Rudolf Schaefers als sachkundige Einwohner für den Ausschuss AVR/ Vergabe/ Internationales.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Ergänzung zur Sachstandsmitteilung Frauenförderung vom 03.09.2009 4783/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 1). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.2 Frauenanteil bei den Amtsleitungen

Frau Kronenberg berichtet, dass mit der Amtsaufnahme von Frau Dr. Bunte als Leiterin des Gesundheitsamtes die Zahl der Amtsleiterinnen auf 10 habe gesteigert werden können. Damit ergibt sich in dieser Ebene ein Frauenanteil von 27%.

1.3 Ergebnisse vom Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Frau Kronenberg fasst die Ergebnisse vom Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2009 zusammen:

Im Rahmen dieses Internationalen Tages wurde die Ausstellung der Frauenhäuser Bethlehem und Köln im Rathaus eröffnet. An dieser Veranstaltung, die eine Kooperation des Amtes für Gleichstellung mit dem Bethlehem-Verein und den Kölner Autonomen Frauenhäusern war, nahmen 450 Gäste teil.

Alleine in Köln erfahren rechnerisch ca. 160.000 Frauen und Mädchen in ihrem Leben Gewalt.

Diese Zahl ergibt sich aus dem Rückschluss der Studie des Bundesfrauenministeriums.

Diese Studie untersuchte 2004 erstmalig die Lebenssituation von Frauen in Deutschland und kam zu dem Ergebnis, dass zwei von fünf Frauen in ihrem Leben körperliche Gewalt erfahren. Das sind genau 37%.

80% der Vergewaltigungsoffer kennen nach dieser Studie den Täter.

Jede 4. Frau wird von ihrem Partner misshandelt.

Die Kosten, die durch Gewalt gegen Frauen jedes Jahr für die Solidargemeinschaft entstehen, also Ausgaben für Justiz, Polizei, ärztliche Behandlung, Arbeitsausfälle, betragen ca. 14,8 Milliarden Euro.

Ergänzend dazu berichtet Frau Kronenberg über eine Informationsveranstaltung des Amtes für Gleichstellung zum Thema "Stalking" am 03.12.2009 im Dumont-Studio.

Stalking-Opfer sind zu ca. 80% Frauen. Die Polizei berät täglich zu durchschnittlich 5 Stalking-Fällen.

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

2.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Granitzka vom 03.09.2009 Informationsveranstaltung des Bauaufsichtsamtes für Schützenvereine 3807/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 2). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau Manderla sagt Herr Kahlen eine schriftliche Beantwortung darüber zu, welche anderen Kosten auf die Schützenvereine zukommen könnten im Laufe des Jahres, besonders dann, wenn sie ein Schützenfest planen (Kosten für Umzug durch den Ort oder das Dorf und weitere Verwaltungskosten).

2.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 03.09.2009 Sachstandsbericht des Bürgerservice an den Universitäten 4612/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 3). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter bittet um weitere Information zur Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem Kölner Studentenwerk.

3 Mitteilungen der Verwaltung

3.1 Fachkräftemangel und Vakanzen in der Gebäudewirtschaft 2134/2009

3.1.1 ergänzende Mitteilung zum Sachstand der Vakanzen und Maßnahmen zur Personalgewinnung bei der Gebäudewirtschaft 5102/2009

Die Stellungnahmen der Verwaltung wurden zur Sitzung verteilt (Anlage 4 und 5). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Streitberger erläutert anhand der beiliegenden Folien (Anlage 6) die Details zur Personalsituation der Gebäudewirtschaft. Er beschreibt einleitend das Aufgabengebiet der Gebäudewirtschaft wie folgt:

- zentrale Bewirtschaftung von Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten und sonstigen Gebäuden
- Planung, Bau und Instandhaltung, Erwerb und Veräußerung, An- und Vermietung der Liegenschaften
- Bewirtschaftung von Nebenflächen und Nebennutzungen
- nachhaltige Minimierung des Energie- und sonstigen Ressourcenverbrauchs

Insgesamt seien 678 Gebäude, zu verwalten und zu bewirtschaften. Im Einzelnen:

- 117 Verwaltungsgebäude
- 253 Schulen
- 238 Kindertagesstätten
- 106 Aufbauten und Grünflächen

Das Umsatzvolumen sei kontinuierlich gestiegen, die Erlöse bewegten sich auf sehr unterschiedlichem Niveau. Das Jahr 2006 habe ein besonders positives Ergebnis gehabt, weil die Kämmerei erlaubt habe, den Erlös des Verkaufes des Disch-Hauses im Unternehmen zu lassen. Dies sei ein sehr guter Beitrag zur Eigenkapitalausstattung der Gebäudewirtschaft gewesen.

Der Umsatz pro Mitarbeiter konnte in den Jahren 2006 bis 2008 auf 648.418 € gesteigert werden.

Das Organigramm der Gebäudewirtschaft wurde in den Folien vereinfacht dargestellt. Es ist natürlich wesentlich komplexer, aber wichtig seien die drei wesentlichen Gliederungen innerhalb der Gebäudewirtschaft.

In den letzten Jahren habe es immer größere Personalgewinnungsschwierigkeiten gegeben, die dann im April zu den in der Mitteilung beschriebenen, kritischen Vakanzen geführt haben. Mittlerweile sei es gelungen, vor allem auch durch die große Unterstützung durch den Stadtdirektor, die Vakanzen enorm zu reduzieren.

Maßgeblich beigetragen zur Beschleunigung des Besetzungsverfahrens habe:

- zeitnahe Einstellungsuntersuchungen
- vakanzunabhängige interne / externe Ausschreibungen
- längere Gültigkeit von Leistungsbeurteilungen bei internen Verfahren
- Ausweitung der Personalakquisition (z.B. durch Vorstellung in Hochschulen)

Darüber hinaus seien weitere Personalrekrutierungsmaßnahmen denkbar:

- Personalgestellung

>> Allerdings steigere diese Maßnahme die Personalkosten um ungefähr 25%.

- Überstunden und Mehrarbeit

>> Nur im Rahmen der durch den Örtlichen Personalrat genehmigten Möglichkeiten.

- Umsetzung aus anderen Ämtern

>> Stöße meistens durch geforderte Fachkompetenz an praktische Grenzen.

Auf Rückfrage von Frau Manderla ergänzt Herr Streitberger, die Gebäudewirtschaft sei leider nicht in der Lage, außertarifliche Angebote zu machen. Man sei aber bemüht, im Rahmen des rechtlich Gebotenen und im Rahmen des Möglichen auch durch evtl. Einzelfallentscheidungen (immer die Gerechtigkeit auf der Ebene der Beschäftigten im Auge) Fachkräfte vom Freien Markt oder aus anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes zu rekrutieren.

Auf Nachfrage von Herrn Görzel erwidert Herr Streitberger, die Erhöhung der Personalkosten um 25% werde nicht durch den Einsatz von Personalberatungs- oder Headhunterunternehmen verursacht, sondern durch Einstellung von Leiharbeitern.

Eine weitere Frage von Herrn Görzel beantwortet Herr Streitberger mit einem Hinweis auf die Grundproblematik. Ursächlich für die hohen Vakanzen seien nicht der fehlende Wille oder der fehlende Einsatz der Verwaltung, sondern die Personalgewinnungsproblematik. Man könne zwar fiktiv anhand von Pro-Kopf-Umsatz und Vakanzen errechnen welcher Umsatz erreichbar sei, wenn alle Stellen besetzt wären, dies sei allerdings nicht zielführend. Die Rekrutierung qualifizierter Ingenieurinnen und Ingenieure scheitere schlicht und ergreifend daran, dass der TVöD im Vergleich zu den Verdienstmöglichkeiten auf dem Freien Markt unattraktiv sei. Man könne zwar immer wieder Berufsanfänger einstellen, die würden aber leider in der Regel nach 1-2 Jahren die Verwaltung wieder verlassen.

Auf Anmerkung von Herrn Neubert erläutert Herr Streitberger, auch in anderen Unternehmen oder anderen Bereichen der Stadtverwaltung sei eine 100%ige Vollbesetzung nicht möglich, es gäbe immer Fluktuation und Veränderung auch im ganz normalen Verwaltungsbereich. Eine Größenordnung von 1-2% aller Stellen (5,5 Stellen im Verwaltungsbereich) sei durchaus normal.

Auf Anfrage von Herrn Wolter erläutert Herr Streitberger, die Gebäudewirtschaft habe in der Einstellungspraxis deutliche Verfahrenserleichterungen erfahren, z. B. vakanzenunabhängige interne und externe Ausschreibungen. Ursächlich für die bestehenden Vakanzen seien, wie bereits mehrfach erwähnt, vor allem die Personalgewinnungsschwierigkeiten.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen führt Herr Streitberger aus, die Vakanzen seien ebenfalls kein Problem der Ausbildung. Zum Stichwort Weiterbildung fasst er zusammen, es seien Weiterbildungsprogramme entwickelt und die Weiterbildungsetats vergrößert worden. Darüber hinaus werde sehr viel Wert darauf gelegt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Weiterbildungen zu motivieren.

Auf weitere Rückfrage von Frau Manderla führt Herr Streitberger aus, eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Hochschulen, auch im Zusammenhang mit einer Spezialisierung im Hauptstudium, stehe im Fokus der Ausweitung der Personalakquisition.

3.2 Teilnahme an dem Programm "Lernen vor Ort" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) 3856/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 7). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.3 Schweinegrippe (Influenza A H1N1) 4648/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 8). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.4 Geschäftsbericht aus der kommunalen Ausländerrechtlichen Beratungskommission (ABK) 3695/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 9). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen bedankt sich für die guten Ergebnisse der kommunalen Ausländerrechtlichen Beratungskommission.

3.5 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Oktober 2009 4454/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 10). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Dr. Elster bittet die Verwaltung, dem Ausschuss ein Konzept vorzulegen, in dem die im Zusammenhang mit der Neuregelung stehenden Neubewertungen und Auswirkungen der Beschlüsse der Innenministerkonferenz zusammengefasst werden.

Herr Kahlen führt aus, es handele sich um ca. 700 Personen, die betroffen seien und deren Status des befristeten Probeaufenthaltes zurzeit geprüft werde. Darüber hinaus habe man Bemühungen unternommen, die betroffenen Menschen unabhängig von staatlichen Transferleistungen zu machen. Herr Kahlen ergänzt, es müsse der Fokus auf Kinder gelegt werden, die minderjährig eingereist seien und die durch ihre Integrationsleistung möglicherweise nicht nur die eigene Anerkennung erreichen, sondern deren Integrationsleistung zugunsten der Eltern wirken könne.

Herr Hess begrüßt die Erweiterung des Personenkreises, der durch intensive Bemühungen um eine Arbeit eine Aufenthaltserlaubnis bekommen könne und bittet um eine regelmäßige Information des Ausschusses durch Aufnahme der Neuregelung in die Statistik.

Auf Rückfrage von Herrn Hess erläutert Frau Dahmen, in der Zwischenzeit seien alle 702 Betroffenen angeschrieben und informiert worden.

Auf Vorschlag von Herrn Detjen sagt Herr Kahlen einen Dialog zwischen Bundesanstalt für Arbeit und Verwaltung zu. Frau Dahmen führt aus, im Zusammenhang Kinder und Jugendliche mit Duldungsstatus in Ausbildung gibt es bereits Gespräche mit der Bundesagentur für Arbeit und eine Arbeitsgruppe, die den Einzelfall prüft und klärt, inwieweit aus dem Duldungsstatus heraus in eine Aufenthaltserlaubnis für Ausbildungszwecke beschieden werden kann. In den letzten Monaten wurde im Zusammenhang mit Ausbildungsperspektiven in einigen Fällen die Probeaufenthaltserteilung erteilt. Eine Erweiterung des Personenkreises könne noch nicht abgeschätzt werden. Man erwarte eine Ausgestaltung des Erlasses zu den Regelungen des Innenministeriums erst in der nächsten Woche.

Frau Dahmen ergänzt, sie nehme an einer Tagung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu dem Thema „Geduldete und Aufenthaltserlaubnis mit Arbeitserlaubnis“ teil, über deren neueste Erkenntnisse sie dem Ausschuss berichten werde.

Frau dos Santos Herrmann begrüßt die Regelung als ersten Schritt in die richtige Richtung, es sei zu begrüßen, dass Bemühungen der Betroffenen um Arbeitsaufnahme und Teilerwerb anerkannt werden. Sie bittet um Mitteilung, inwieweit die Anzahl derjenigen, die keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben, in den nächsten 2 Jahren weiter verringert werden könne.

Frau Dahmen erläutert auf Rückfrage von Herrn Maul, die 422 Anträge wurden abgelehnt, weil die Voraussetzungen gem. § 23 Abs. 1 i.V.m. § 104a AufenthG (Zeile 5) nicht erfüllt waren. Sie verweist auf eine Regelung des Innenministeriums NRW, die besagt, dass vorläufig von Rückführungen abzusehen ist.

**3.6 Einführung des Ganztagsbetriebes an weiteren 5 Gymnasien und 2 Realschulen ab Schuljahr 2010/11 - Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln
4609/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 11). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.7 Beschaffungen im Rahmen der Fahrzeug- und Maschinenkonzepte beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen - ergänzende Mitteilung
4014/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 12). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.8 zurückgezogen

**3.9 Kommunalverfassungsbeschwerde Umweltverwaltung
Evaluation des Belastungsausgleichs für das Jahr 2009
4504/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 13). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Neubert regt an, eine Fortschreibung vorzunehmen und diese dem Ausschuss im 1. Quartal 2010 vorzulegen.

Der Ausschuss ist einverstanden.

**3.10 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2008
2921/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 14). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Anmerkung von Herrn Knappertsbusch fasst Herr Blömeke zusammen, die Verwaltung habe eine Überstundenquote, gemessen am gesamten Personalbestand, von

1,1%. Vor einigen Jahren habe das Institut für Arbeits- und Berufsforschung die Aussage getroffen, eine Überstundenquote von bis zu 3% sei tolerierbar und Ausdruck betrieblicher Flexibilität.

Auf Rückfrage von Frau von Bülow führt Herr Kahlen aus, die Problematik der Überstunden im Bereich der Schulen ergebe sich aus dem Veränderungsprozess, der die Entwicklung der Schullandschaft seit einiger Zeit beeinflusse. Die Einführung der OGTS und die Öffnungspolitik der Schulen erfordern eine neue Präsenz in den Schulen.

Herr Kahlen ergänzt, um eine gemeinsame Entwicklung von verschiedenen Ideen und das Aufzeigen von Veränderungspotentialen zu entwickeln, habe man eine Lenkungsgruppe gebildet und zu einer 1. Tagung eingeladen. Diese Großgruppenkonferenz sei ein Einstieg in eine Auseinandersetzung mit allen beteiligten Berufsgruppen. Es folge im Frühjahr 2010 eine weitere Konferenz. Man brauche im Ergebnis das Know-how aller am Bildungsprozess beteiligten. Die gewonnenen Verbesserungsideen (bisher in insgesamt 76 Themenfeldern) fließen ebenso in den Lösungsprozess mit ein, wie auch die Frage nach der Zuständigkeit und die neuen Anforderungen im IT-Bereich an Schul- und Berufsausbildung.

Auf Anregung von Herrn Detjen sagt Herr Kahlen eine Berichterstattung zu den Überstunden 2009 für das 1. Halbjahr 2010 zu. Frau Kronenberg bittet um eine Ergänzung um geschlechterspezifische Entgeltbeträge.

3.11 Bericht über den Personalbestand der Stadtverwaltung Köln zum 30.06.2009 3715/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 15). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.12 Jobsharing-Veranstaltung für den Kita-Bereich 4740/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 16). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.13 Unterstützung der Kölner Schulen durch die Stadt (Schulträger)
Bericht über die Dialogkonferenz "Die Zukunft unserer Schulen - Gemeinsam für bessere Lösungen"
4827/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 17). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Neubert erläutert Herr Kahlen, zur 2. Dialogkonferenz seien Ausschussmitglieder herzlich willkommen. Darüber hinaus bittet Herr Neubert um weitere Berichterstattung im Ausschuss.

**3.14 Einbürgerungskampagne
4121/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 18). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfragen von Herrn Detjen versichert Frau Dahmen, alle Fehler im Flyer seien in der Zwischenzeit korrigiert worden.

Auf Bitten von Frau von Bülow wird die Mitteilung in den Ausschuss Soziales und Senioren verwiesen.

**3.15 Moderation Brüsseler Platz
5001/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 19). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter bezeichnet das Moderationsverfahren als gelungenes Projekt und schlägt eine Fortsetzung bis mindestens zum Sommer 2010 vor.

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

Zur Sitzung lag keine Mitteilung der Verwaltung vor.

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.12.2009 Glasflaschenverbot im Kölner Straßenkarneval AN/1866/2009

5.1.1 Kölner Straßenkarneval - Mehr Spaß ohne Glas 5094/2009

Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden die Anfrage AN/1866/2009 der FDP-Fraktion vom 02.12.2009 „Glasflaschenverbot im Kölner Straßenkarneval“ und deren Beantwortung gemeinsam unter TOP 9.8 beraten.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Skaterpark

Auf Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kahlen, er sei nicht über Schwierigkeiten im Genehmigungsverfahren im Zusammenhang mit der Lage der Anlage (im Retentionsraum für Hochwasserschutz) informiert. Er werde dieser Frage nachzugehen.

6.2 Haushaltsmittel Schulaustausch/-partnerschaften

Frau Möller berichtet darüber, dass in den Jahren 2008 und 2009 erstmals wieder seit langem Mittel für Schulaustauschprojekte zur Verfügung gestellt worden seien. Frau Möller bittet um Information über Anzahl und Art der beantragten Projekte, Erläuterung der Kriterien für die Mittelverteilung, Aufschlüsselung von Genehmigungen und Ablehnungen von Projekten sowie Art des Aufrufs und der Information an die Schulen über die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden konnten.

6.3 Illegale Spendensammelaktionen

Auf Anfrage von Herrn Wolter erläutert Herr Kilp, seit ca. 10 Jahren sei das Sammeln in NRW nicht mehr genehmigungspflichtig. Missbräuche habe man schon damals befürchtet. Er versichert, wenn das Ordnungsamt Kenntnis über solche Sammelaktionen erlange, werde diese Information an die Staatsanwaltschaft weiter gegeben, denn die Vortäuschung falscher Tatsachen und Betrugshandlung am Spender seien eine Straftat. Das Ordnungsamt selbst habe keine Handhabe. Auf Nachfrage von Frau Manderla sagt Herr Kilp eine Mitteilung zu den Kosten der Strafverfolgung für eine der nächsten Sitzungen zu.

7 Anträge

Anträge lagen zu Sitzung nicht vor.

8 Platzvergaben

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung Einsturz Historisches Archiv; Versicherung des Bergungsbauwerks 4280/2009

Beschluss:

Der Ausschuss genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung vom 16.11.2009:

Der Bedarf für den Abschluss einer kombinierten Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung für das Bergungsbauwerk wird anerkannt.

Es wird darauf verzichtet, einen Vergabevorbehalt auszusprechen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.2 Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen; Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht 0370/2009

Auf Rückfrage von Herrn Wolter erläutert Herr Cremer, das Zentrale Vergabeamt sei involviert und trage die Vorlage mit. Auf weitere Nachfrage von Herrn Wolter versichert Herr Kahlen, es werde eine Vorlage zur künftigen Struktur, zur Verfahrensweise sowie zu Wertgrenzen (auch im Zusammenhang zum Konjunkturpaket II) geben.

Auf Rückfrage von Frau von Bülow führt Herr Cremer aus, die Regelung sei zwar bis 2008 befristet gewesen, aber es habe Abstimmungsverzögerungen gegeben und in der Zwischenzeit sei der alte Beschluss fortgeführt worden.

Frau von Bülow bittet darum, die Beauftragungsliste des RPA dem AVR zur Kenntnis zu geben.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen beauftragt die Verwaltung bei der Möglichkeit einer zeitgleichen Instandsetzung von sanierungsbedürftigen Fahrbahn-, Geh- und Radwegoberflächen im Zusammenhang mit Aufgrabungen durch die Versorgungs- und Telekommunikationsunternehmen, weiterhin die Wertgrenze für freihändige Vergaben auf 30.000 Euro netto anzuheben und Aufträge ohne Angebotsbeziehung an die von den Unternehmen beauftragten Firmen zu vergeben, sofern dies aus praktischen und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll ist.

Beschlussgegenstand ist ferner, dass für Fälle der beschriebenen Ausgangskonstellation das Amt für Straßen- und Verkehrstechnik generell von der Verpflichtung zur Einholung von drei Vergleichsangeboten entbunden wird. Es besteht jedoch die Verpflichtung, Aufträge, deren Auftragswert über dem Mittelpreisspeicher liegen und Fälle, deren Auftragswert über 10.000 Euro liegt, vor Auftragserteilung dem Zentralen Vergabeamt vorzulegen. Das Rechnungsprüfungsamt erhält halbjährlich eine Beauftragungsliste.

Zukünftig wird statistisch erfasst, wann eine Maßnahme nicht (zum Beispiel wegen nicht akzeptablem Angebot) im Zusammenhang mit Arbeiten der Versorgungsträger durchgeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.3 Wiedereinführung des Bezirksbeigeordneten
3408/2009**

Herr Breite begrüßt die Stärkung der Rechte der Bezirksbürgermeister und der Bezirksfraktionen. Die FDP-Fraktion bedauere die Ablehnung der Wiedereinführung von Bezirksbeigeordneten.

Herr Dr. Elster weist darauf hin, die Mehrheit der Bezirksvertretungen selbst habe sich gegen diese Vorlage entschieden. Die Teilnahme eines Beigeordneten sei grundsätzlich immer möglich, wenn erforderlich. Aber einen Beigeordneten klassisch einer Bezirksvertretung zuzuordnen sei wenig hilfreich.

Herr Neubert ergänzt, weitere Unterstützungen der Bezirksvertretungen seien wünschenswert (z. B. beim Thema Laufzeiten von Anfragen), dies würde allerdings nicht unbedingt durch die Wiedereinführung von Bezirksbeigeordneten erfolgen.

Herr Wolter schließt an, eine grundsätzliche Bindung von Fachkompetenzen in mehrstündigen Sitzungen der Bezirksvertretungen sei nicht zielführend.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) nimmt zur Kenntnis, dass die Bezirksvertretungen Innenstadt, Rodenkirchen, Ehrenfeld, Nippes und Mülheim abgelehnt haben, einen Bezirksbeigeordneten wieder einzuführen.

Unter Bezug auf die Beschlüsse der oben genannten Bezirksvertretungen, des Rates vom 14.12.2006 und des AVR vom 25.02.2008 folgt der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen nicht der Empfehlung der Bezirksvertretung Chorweiler.

Eine Wiedereinführung einer Bezirksbeigeordneten bzw. eines Bezirksbeigeordneten wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion

**9.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der
Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage so-
wie die Entsorgung von Schmutzwassergruben
4256/2009**

Frau Manderla schlägt vor, diese Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu schieben. Der Ausschuss ist einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/ Vergabe/ Internationales schließt sich dem Beschluss des Ausschusses Umwelt und Grün vom 03.12.2009 an und verweist die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.5 Einrichtung eines Referates für Lesben, Schwule und Transgender
3864/2009**

Auf Rückfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kahlen, die Anregung, das Referat dem Oberbürgermeister direkt zuzuordnen, werde beim Oberbürgermeister vorgetragen. Eine Entscheidung über diese Zuordnung sei grundsätzlich Sache des Oberbürgermeisters.

Frau Manderla bittet um eine jährliche Berichterstattung im Ausschuss über die Arbeit des neuen Referates.

Herr Breite kritisiert die in der Vorlage formulierten Persönlichkeitsbeschreibungen von Lesben und Schwulen und die für homosexuelle „typischen“ Eigenschaften, dies habe in einer Verwaltungsvorlage nichts zu suchen.

Herr Kahlen ergänzt auf Rückfrage von Herrn Breite, eine unterschiedliche Bewertung der beiden vorgesehenen Stellen resultiere aus der Leitungsfunktion heraus. Sowohl die Bewerberauswahl, als auch die Stellenbesetzung erfolge geschlechtsneutral.

Herr Wolter begrüßt die Vorlage als einen richtigen Schritt Richtung Gleichstellung und deren haushaltsneutrale Umsetzung.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat nimmt den in Anlage 1 näher beschriebenen Organisationsvorschlag der Verwaltung zur Einrichtung eines Referates für Lesben, Schwule und Transgender zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Ressourcen für die Einrichtung des Referates für Lesben, Schwule und Transgender im beschriebenen Umfang im Rahmen des Haushalts- und Stellenplans 2010 haushaltsneutral vorzusehen.

Die Besetzung der vorgesehenen Stellen StOAR, BGr. A 13 g.D. (Referatsleitung) und StAR, BGr. A 12 BBO soll zum 01.01.2010 erfolgen. Die frühzeitige Besetzung der Stellen ist notwendig, um die Steuerung und Koordination der Arbeit für Lesben, Schwule und Transgender in Köln auf der Basis eines Konzeptes und in Abstimmung mit den freien Trägern, insbesondere mit den stimmberechtigten Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender, zu gewährleisten. Die Stellen werden daher bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern zu Verrechnung bereit gestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Fraktion Pro Köln zugestimmt

9.6 Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz des Gesundheitsamtes ab dem 01.01.2010 3927/2009

Auf Vorschlag von Herr Granitzka beschließt der Ausschuss vorbehaltlich des Votums des Gesundheitsausschusses:

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, vorbehaltlich der Zustimmung des Gesundheitsausschusses, die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beschließt die befristete Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz (DTA) des Gesundheitsamtes im Jahr 2010. Diese erfolgt auf Grundlage und unter Vorbehalt der Förderung durch das Land NRW mit kommunalisierten Mitteln (derzeit: 86.900,00 Euro).

Mit der Fortführung der DTA im Jahr 2010 ist für diese Zeit die befristete Einrichtung von

- a) 0,5 Stelle Fachärztin/Facharzt, VGr. Ib/Ia, Fg. 1/1 BAT (EG 15 TVÖD)
- b) 1,0 Stelle Gesundheits- und Krankenpflegerin/Gesundheits- und Krankenpfleger,
VGr. KR VI, Fg. 7 BAT (EG KR 9a TVÖD)

verbunden.

Die haushaltsmäßigen Auswirkungen wurden bei der Planung des Haushaltsplanentwurfs für 2010 im Teilplan 0701 - Gesundheitsdienste - berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.7 8. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 4585/2009

Auf Rückfrage von Herrn Wolter erläutert Herr Blaeser, in der freiwilligen Versicherung werde die Gleichstellung von eingetragenen Partnerschaften bereits umgesetzt. In der Pflichtversicherung sei die ZVK daran gebunden, dass die Tarifparteien auf das Urteil reagieren. Sobald dies erfolgt sei, werde es auch in der Pflichtversicherung umgesetzt.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beschließt die 8. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.8 Konzept "Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas"

- 1. Befristetes Verbot Glas und Glasflaschen in stark frequentierten Innenstadtbereichen (Altstadt, Zülpicher Viertel und Ringe) mitzuführen und zu verkaufen**
 - 2. Verstärkte Alkoholprävention für Jugendliche**
- 3035/2009**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage AN/1866/2009 der FDP-Fraktion vom 02.12.2009 „Glasflaschenverbot im Kölner Straßenkarneval“ (Anlage 20) zur Kenntnis.

Auf Kritik von Herrn Breite bedauert Herr Kahlen, dass die Verwaltung die Anfrage der FDP-Fraktion nicht zu deren Zufriedenheit beantwortet habe. Er erläutert, die Frage nach einer Entwicklung der Besucherzahlen zwischen 1999 und 2009 könne leider nicht genauer beantwortet werden. Erkenntnisse zur Entwicklung der Anzahl von Körperverletzungen im gleichen Zeitraum gäbe es nicht. Aus den Jahren 1999 bis 2006 lägen bei der Verwaltung keine Ergebnisse über die Anzahl von Körperverletzungen im Zusammenhang mit Feiern im Straßenkarneval oder über die Anzahl von glasspezifischen Körperverletzungen im Straßenkarneval vor – es habe dazu keinerlei Erhebungen gegeben.

Die Verwaltung habe bereits in der Session 2006/2007 versucht, in Zusammenarbeit mit Krankenhäusern, Rettungsdiensten und der Polizei eine Erhebung dieser Zahlen vorzunehmen, was damals leider nicht gelungen ist. Aufgrund der Ratsinitiative und der Vorkommnisse im letzten Straßenkarneval habe man nun angefangen, eine repräsentative Datenlage zu schaffen, mit der die aktuellen Entwicklungen begleitet werden können.

Stadtdirektor Kahlen betont, die „Kölschgläser“ aus Hartplastik hätte man Belastungs- und Feuerproben unterzogen, sie seien fast unkaputtbar und die Kneipers seien darüber informiert, dass sie ihr Kölsch ein wenig kälter servieren müssten, weil Glas die Kühle besser halte als Plastik.

Herr Kahlen führt weiterhin aus, die Verwaltung beabsichtige keine Leibesvisitationen durchzuführen. Er betont, die Verwaltung werbe bewusst mit dem Slogan „mehr **Spaß** ohne Glas“ um eine gesellschaftliche Akzeptanz. Leibesvisitationen wären jedoch nicht beabsichtigt. Auf weitere Nachfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kilp, Leibesvisitationen seien ein erheblicher Eingriff in die persönliche Integrität des Betroffenen und mit einer ordnungsbehördlichen Maßnahme juristisch kaum zu begründen. Wenn Personen allerdings durch Aggressivität auffielen, könne man Leibesvisitationen und Kontrollen in Zusammenarbeit mit der Polizei bzw. Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft durchführen.

Herr Granitzka ergänzt, zur Gefahrenabwehr müsse eine Handlungsfähigkeit im Zusammenhang mit Ordnungswidrigkeiten für Mitarbeiter des Ordnungsamtes erarbeitet werden.

Auf Rückfrage von Herrn Wolter fügt Herr Kahlen hinzu, er habe am 11.11.2009 persönlich den Eindruck gehabt, dass alle 348 im Einsatz befindlichen Kräfte der Polizei (auch die aus Dortmund oder aus anderen Städten) erstklassig gebrieft waren.

Auf Nachfrage von Frau Koppmann erläutert Herr Kilp, gemeinsam mit der Polizei sei eine sogenannte Gefährdungseinschätzung vorgenommen worden, mit dem Ergebnis der in der Vorlage zu findenden räumlichen und zeitlichen Begrenzungen.

Abschließend bittet Herr Granitzka um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat stimmt dem von Stadt, Polizei und Festkomitee des Kölner Karnevals von 1823 e.V. gemeinsam entwickelten Konzept

Konzept „Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas“

- 1. Befristetes Verbot Glas und Glasflaschen in stark frequentierten Innenstadtbereichen (Altstadt, Zülpicher Viertel und Ringe) mitzuführen und zu verkaufen**
- 2. Verstärkte Alkoholprävention für Jugendliche**

zu.

2. Der Rat beschließt ab 2010 von Weiberfastnacht bis Aschermittwoch sowie für den 11.11. die unter III. beschriebenen Maßnahmen. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des Konzeptes, eine entsprechende Allgemeinverfügung mit räumlichen und zeitlichen Vorgaben zu erlassen.
3. Die Verwaltung wird den Ausschüssen „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/ Internationales“, „Gesundheit“, „Jugendhilfe“ sowie der Bezirksvertretung Innenstadt jeweils einen kurzen Erfahrungsbericht über den Zeitraum von Weiberfastnacht bis Karnevalsdienstag sowie dem 11.11.2010 vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 9.9 3.Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln
4408/2009**

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in die Sondersitzung des Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb am 17.12.2009.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.10 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)
4687/2009**

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in die Sondersitzung des Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb am 17.12.2009.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.11 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)
4701/2009**

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in die Sondersitzung des Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb am 17.12.2009.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.12 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung
4852/2009**

Auf Rückfrage von Herrn Wolter bestätigt Herr Frantzen, es handele sich bei dieser Vorlage nur um die Nachvollziehung eines Gerichtsurteils.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Köln (Zweitwohnungssteuersatzung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Pro Köln

**9.13 Vergnügungssteuersatzungen
4857/2009**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beschließt:

- a) die rückwirkende Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen sexueller Art in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1)
- b) die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen sexueller Art in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 2)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Fraktionen der FDP und Pro Köln

**9.14 1. Ordnungsbehördliche Rechtsverordnung für 2010 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Innenstadt, Deutz, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Braunsfeld, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuhrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Brück, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim
4902/2009**

**9.14.1 Ergänzende Mitteilung zur Vorlage Nr. 4902/2009 (TOP 9.14);
1. Ordnungsbehördliche Rechtsverordnung für 2010 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
5136/2009**

Die ergänzende Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 21). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kahlen, eine Änderung der Vorlage sei abhängig von der Entscheidung des Wirtschaftsausschusses im Landtag am 09.12.2009.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretungen; die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten für das Jahr 2010.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.15 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2010
4178/2009**

Der Ausschuss verweist die Vorlage auf Bitten von Herrn Stadtdirektor Kahlen vor Eintritt in die Tagesordnung.

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Granitzka
Vorsitzender

Simons
Schriftführerin